

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltenen Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Freitag, den 26. November 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Unternehmer- und Arbeiterkoalition.

Ueber wirtschaftliche Kartelle hatte sich kürzlich das Reichsgericht gutachtlich zu äußern. In den Entscheidungsgründen eines Urtheils heißt es: „Sinken in einem Gewerkszweige die Preise der Produkte allzu tief herab und wird hierdurch der gedeihliche Betrieb unmöglich gemacht oder gefährdet, so ist die dann eintretende Krisis nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Volkswirtschaft im Allgemeinen verderblich, und es liegt daher im Interesse der Gesamtheit, daß nicht dauernd unangemessen niedrige Preise in einer Gewerksbranche bestehen. Die gesetzgebenden Faktoren haben es auch dementsprechend schon oft und bis in die neueste Zeit unternommen, durch Einführung von Schutzzöllen auf die Steigerung der Preise gewisser Produkte hinzuwirken. Hiernach kann es auch nicht schlechthin als dem Interesse der Gesamtheit zuwiderlaufend angesehen werden, wenn sich die an einer gewerblichen Branche beteiligten Unternehmer zusammenschließen, um die gegenseitigen Preisunterbietungen und das dadurch herbeigeführte Sinken der Preise ihrer Produkte zu verhindern oder zu mäßigen. Es kann vielmehr, wenn die Preise wirklich dauernd so niedrig sind, daß den Unternehmern der wirtschaftliche Ruin droht, ihr Zusammenschluß nicht bloß als eine berechnete Bethätigung des Selbsterhaltungstriebes, sondern auch als eine dem Interesse der Gesamtheit dienende Maßregel erscheinen.“

Diese Auslassung ist in mehr als einer Hinsicht interessant, ganz besonders insofern sie zwar den Kartellen eine Berechtigung zugestehet, aber doch nur eine sehr bedingte, nur in den Fällen, wo damit von den Unternehmern die drohende Gefahr des wirtschaftlichen Ruins, zufolge allzu tief gesunkener Preise, abgewendet werden soll.

Da drängt sich nun vor Allem die Frage nach einem sichereren Kriterium darüber auf, ob ein Kartell wirklich von der wirtschaftlichen Nothlage diktiert, oder eine ganz gewöhnliche kapitalistische gegen die Konsumenten verübte Beutelschneiderei ist.

Das Gutachten vergleicht die Kartelle mit den Schutzzöllen. Diese Parallellirung ist, nebenbei bemerkt, keine glückliche, da die volkswirtschaftliche Nützlichkeit der Schutzzölle in den weitesten Kreisen bestritten wird und das Deutsche Reich sich solche nur von einem gewaltigen Regiment, dem bismarckischen, unter abnormen politischen Verhältnissen, zu Gunsten einer verschwindend geringen Minorität, der Junker, und daneben zu fiskalischen Zwecken, aufhalten ließ. In den breiten Volksmassen, auch bei den Kleinbauern, werden die Schutzzölle nach wie vor verwünscht, und wenn man dazu noch die Freihändler der Bourgeoisie in Betracht zieht, so schmilzt die Anhängerenschaft der Schutzzölle zu einem sehr geringen Häuflein zusammen. Nun kann man freilich nicht sämtliche Produktionszweige über einen Kamm scheeren. Man kann Schutzzölle auf nothwendige Lebensmittel, die aus anderen Ländern reichlich und billig importirt werden können, verwerflich finden, sie aber für gewisse Industriezweige hingehen lassen. Eine künstliche Preissteigerung beim Getreide oder Petroleum hat einen ganz anderen wirtschaftlichen Charakter und Effekt als etwa eine Steigerung der Preise von Spazierstöcken oder Kravattennadeln. Eben die Heranziehung der Schutzzölle legt aber nahe, wie gern sich die ordinäre Preisstreibererei mit der Sorge um den wirtschaftlichen Ruin maskirt. Was ist nicht schon von den Agrariern über den Untergang der deutschen Landwirtschaft geklunkert worden!

Auch in der Beilage zur „Allgem. Ztg.“ findet es W. Verdrow mindestens sehr fraglich, ob die Kartelle in Deutschland in der That nur als eine Maßregel zur Abwehr des wirtschaftlichen Ruins ihrer Mitglieder anzusehen sein, oder ob ihnen bereits ein aggressiver Zug, sei es gegen das Publikum oder gegen die Arbeiterschaft, oder gegen die Konkurrenz, innewohnt. Die Zahl der deutschen Kartelle soll sich gegenwärtig auf: etwa 186 belaufen. Es sind besonders: der Kohlenbergbau, die Eisenindustrie, die Gemischen Gewerbe, die Industrie der Steine und Erden, die Textil-, die Papier-, die Holz- und Schnitzstoff- und endlich die Lederindustrie, welche eine größere oder kleinere Zahl von Kartellverbänden aufweisen. Aus den näheren Darlegungen des erwähnten Artikels an einzelnen Stichproben ergibt sich nun, daß

die kartellirten Unternehmer nicht leicht der Versuchung widerstehen, die Preise so hoch wie möglich zu schrauben, und daß die Kartelle also weit mehr den ausbeuterischen Absichten des Kapitals dienen als der Selbsterhaltung, dieselben somit keineswegs so harmlos sind, wie sie der große Sanhedrin in Leipzig hinzustellen beliebt.

Aber freilich auch nicht so wirksam, in Deutschland zum Mindesten. Und hier kommt der Artikel zu ähnlichen Ergebnissen wie Schippel in seinem Referat über „die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“ auf unserem Frankfurter Parteitag 1894. „Eine Grenze hat Tyrannenmacht“, auch die preissteigernde der Kartelle, oder vielmehr mehrere Grenzen. Auch wo keine fremde Konkurrenz sie aufhält und zurückdrängt, können ihre Wanne nicht in den Himmel wachsen, weil von einer gewissen Preishöhe an die Verwendung anderer Produkte lohnender und also vorgezogen wird. Und weiter steht der Willkür der Verbände entgegen, daß auch die Abnehmer sich in Verbänden zusammenschließen, die Macht der Kartelle bricht sich an den Konsumentenvereinigungen. Freilich halten sie sich alsdann am unorganisirten Kleinverbrauch schadlos.

Alles in Allem: eine Einmischung der Behörden halten wir durchaus nicht für wünschenswerth, was ja auch der beschlossenen Resolution auf dem Frankfurter Parteitag entspricht, worin hervorgehoben ist, daß jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration ein weiterer Schritt ist zur Verwirklichung des Sozialismus. Also keinerlei Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Unternehmer, aber auch keinerlei Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Und das schließt selbstredend ein, daß jedes Attentat des Unternehmertums gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und deren Bethätigung strafrechtlich zu verfolgen ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten wir auch die neu gegründete Aktiengesellschaft „Industria“, die eine Versicherung der Arbeitgeber gegen Verluste durch Streiks bezweckt. Wir haben keinen Grund, wie es schon von mancher Seite geschehen, uns darüber sittlich zu enträsten. Im Gegentheil hoffen wir davon eine gute Wirkung auf die noch unorganisirten flauen Arbeitermassen, die sich Angesichts dieser neuen Unternehmerpraktik endlich werden „ermannen“ müssen, den Organisationen beizutreten, um nicht mehr als Streikbrecher alias „Arbeitswillige“ ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Entwurf der Militär-Strafprozess-Ordnung wird, wie der „Hamb. Corresp.“ aus Berlin erfährt, am 27. November in einer Extrabeilage des „Reichs-Anzeigers“ veröffentlicht werden.

Der Polenfonds genügt nicht. Der offizielle „Hamburger Korrespondent“ schlägt vor, die dänische gesinnten Nordschleswiger auszukufen, wozu etwa 20 Millionen Mark erforderlich sein würden. Das „Germanisiren“ hat also nichts genügt.

Die plötzliche Befetzung der Kiau-Tschau-Bucht auf der Halbinsel Schantung in China durch deutsche Truppen dürfte selbst für die Kreise überraschend gekommen sein, die schon seit Jahren dem Deutschen Reich „Weltmachtpolitik in großem Stile“ empfohlen haben. Auch sie müssen zum wenigsten über den Moment und den Anlaß des Eingreifens des deutschen Reiches in den Riesenkampf erstaunt sein, den, wie sie meinen, die Völker im nächsten Jahrhundert um ihre Weltmachtsstellung auszukämpfen haben werden. Erst in allerjüngster Zeit muß den Personen, die die auswärtige Politik im Reich machen, die plötzliche Eingebung gekommen sein, noch ehe der Reichstag sich für oder gegen die Marinevorlage erklärt hätte, rasch Thatsachen zu schaffen, die Deutschlands Macht in ein Meer von ernststen Konflikten mit anderen Mächten verwickeln muß.

Zu dieser Auffassung muß Jeder gelangen, der die Ereignisse der letzten Wochen mit der auswärtigen Politik der letzten Fahrt vergleicht. Der prinzipielle Umschwung liegt auf der Hand. Die Ermordung einiger Missionare bietet heute den Anlaß, mit China einen Konflikt zu provoziren, der deutscherseits ebenso an den Haaren herbeigezogen ist, wie der mit Haiti.

Warum hat die deutsche Regierung nicht schon 1895 sich veranlaßt gefühlt, die gefährdeten deutschen Missionsstationen zu schützen? In Santow in der Provinz

Kiwang-Tung fielen im August 1895 zahlreiche deutsche Missionare der Volkswuth zum Opfer. Obwohl die chinesische Regierung strenge Bestrafung der Schuldigen in Aussicht stellte, geschah nichts und der deutschen Regierung fiel es nicht im geringsten ein, damals die Unterlassungssünden der chinesischen Regierung an die große Glocke zu hängen. Obgleich noch im Juni 1896 chinesische Volksmassen die Deutschen in Santow wiederholt insultirten, empfing trotzdem der deutsche Kaiser Mitte Juni nicht nur den Vizekönig Li-Hung-Chang in feierlicher, freundschaftlicher Audienz, sondern sprach ihm gegenüber auch die zuversichtlich: Hoffnung aus, daß die an der Vergangenheit erprobte, auf gleichen Interessen des Friedens und der Kultur beruhende Freundschaft zwischen China und Deutschland in Zukunft unvermindert fortbestehen werde.

Wenn Deutschland also plötzlich gegen China andere Saiten aufzieht, so müssen die Gründe dafür ganz wo anders als in der Ermordung deutscher Missionare gesucht werden. Nun wird gesagt, Deutschland wünsche zum Ausgangspunkte seiner ostsibirischen Operationen eine eigene Flottenstation und daher die Okkupation der Kiau-Tschau-Bucht. Wir bestreiten nun zwar die Berechtigung zur Erwerbung einer Kopfstation für Weltmachtpolitik in Ostasien ganz entschieden, möchten aber doch zur Kennzeichnung der plötzlichen Kurschwankung unserer auswärtigen Politik auf eine Gelegenheit hinweisen, bei der Deutschland ohne jeglichen Konflikt, ohne jegliches Blutvergießen in der Lage gewesen wäre, eine Erweiterung der deutschen Machtphäre in Ostasien zu erlangen. Das war bei den Verhandlungen mit China und Japan behufs Revision des Friedens von Schimonoseki im Jahre 1895. Damals wäre es für den deutschen Unterhändler nicht ausgeschlossen gewesen, auf leichte Weise in den Besitz von Formosa zu gelangen. Wenigstens boten die Weltmachtpolitiker Deutschlands alles auf, im Sinne der Verwirklichung dieses Planes die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Glücklicherweise war damals die Regierung nüchterner als eine einflussreiche Clique gefährlicher Abenteurer. Das Reich beschränkte sich darauf, die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands in Ostasien zu sichern.

Das war 1895. Und heute werden die Prinzipien der damaligen auswärtigen Politik förmlich umgestülpt und die nächste beste Gelegenheit zum Anlaß einer großen überseeischen Aktion gemacht. So unscheinbar jetzt noch das Vorgehen Deutschlands China gegenüber sein mag, es muß und wird zu den ernstesten Verwickelungen nicht nur mit China selbst, sondern auch mit weiteren Großmächten, vor allem mit Japan, führen. Denn haben wir in China erst einen festen deutschen Besitz, dann müssen wir dort auch ständig Kriegsschiffe unterhalten. Deutsche Kaufleute und deutsches Kapital werden sich dort annehmen und mit wenig Unversorgenheit das Innere Chinas zu erschließen suchen. Unter dem Schutz der nahen Kriegsschiffe fühlt sich der deutsche Kaufmann dann zuversichtlich genug, um Streitigkeiten und Androhungen nicht flug aus dem Wege zu gehen, sondern sie an sich herantommen zu lassen. Die Quelle der Verwickelungen ist gegeben, ganz abgesehen davon, daß auch die gegenseitigen Beziehungen der Mächte in Ostasien fruchtbarer Konfliktstoff in Hülle und Fülle in sich bergen. Wollen wir auch dabei sein, dann ist eben, das ist nicht zu leugnen, eine achtungsgebietende Kriegsmarine eine unumgängliche Nothwendigkeit.

Und da fragt sich's denn doch, ob das deutsche Volk eine solche überseeische Machtpolitik mitmachen will oder kann? Die deutsche Regierung hat es ja nicht für nöthig gehalten, den Reichstag wegen der grundsätzlichen Aenderung seiner auswärtigen Politik zu befragen. Während der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zur Abschiedsvisite in Italien war, ist der verhängnißvolle Umschwung erfolgt, hat man Thatsachen geschaffen, an denen der Reichstag mit seiner Opposition scheitern soll. Denn eine energische Opposition würde nichts anderes verlangen müssen, als eine sofortige Aufgabe der besetzten Bucht und dazu dürfte sich der jetzige Reichstag wohl kaum aufschwingen. Eine solche Opposition erheischte andere Mittel, als sie der gegenwärtige Reichstag anzuwenden geneigt sein dürfte. Selbst wenn der Reichstag die Flottenvorlage, wie wir erwarten, ablehnen sollte, so ist damit noch nicht der Keim beseitigt, der mit innerer Nothwendigkeit zur Berggrößerung der deutschen Kriegsmarine treibt und das ist eben die Festlegung Deutschlands in China selbst, welches Faktum der deutsche Reichs-



tag wohl kaum mehr aus der Welt schaffen wird. Wohin aber solch' ein Faktum führt, das können uns andere Länder lehren. Wir erinnern nur an Frankreichs Beispiel, daß durch die Abenteuerpolitik Napoleon's des Kleinen in seine ostasiatischen Kriege verwickelt wurde, die bekanntlich ungeheuer viel Geld und Blut gekostet, aber in keiner Weise den erhofften wirtschaftlichen Gewinn gebracht haben. Nachdem einmal A gesagt war, war kein Zurückgehen mehr möglich, ein Konflikt folgte dem andern, und Frankreich war nach bedeutenden Verlusten schließlich froh, unter Englands Vermittelung noch einen anständigen Frieden mit China abzuschließen zu können. In Frankreich war das Volk aber längst des kostspieligen und langwierigen Krieges überdrüssig geworden. Frankreichs Lorbeeren in seiner ostasiatischen Kampagne müssen das deutsche Volk vor ähnlichen Ausfällen abschrecken.

Und dabei können wir uns mit Frankreich in Beziehung auf seine Restriktionen noch in keiner Weise messen. In einer überseeischen Machtentfaltung fehlt nun Deutschland in erster Linie die nötige Kriegsstärke. Sie heute noch zu schaffen, ist eine Unmöglichkeit, da die Fortschritte der mit Deutschland konkurrierenden Staaten von einem noch so leistungsfähigen Volke, wie es das deutsche nicht einmal ist, nicht mehr eingeholt werden können.

Die Absicht der Leiter unserer auswärtigen Beziehungen durch die Aneignung der Kiau-Tschau-Bucht, Deutschland in die Bahnen einer ulerlosen Weltmacht-Politik zu lenken, zeugt nicht nur von grenzenlosen, unverantwortlichen Optimismus, sondern von einer vollständigen Verkennung der Leistungsfähigkeit Deutschlands auf hoher See. Eine nüchterne Abwägung aller Umstände muß zu dem Resultate kommen, daß wir es uns nicht gefallen lassen dürfen, uns irgendwie der Möglichkeit eines Konfliktes mit einer ersten Seemacht auszusetzen, der auf hoher See ausgefochten werden müßte. Ein solcher Konflikt ist aber durch den Erwerb chinesischen Gebietes nicht ausgeschlossen. Die Möglichkeit für ihn wird geradezu geschaffen und damit auch die Möglichkeit für eine sichere Niederlage der deutschen Flotte.

War der Zwischenfall mit Haiti nur als eine PreSSION auf den Reichstag zu Gunsten der Marinevorlage aufzufassen, so ist der Konflikt mit China und die Okkupation chinesischen Gebietes nichts anderes als der erste Schritt einer Weltmachtspolitik, deren verhängnisvolle Tragweite in keiner Weise abzusehen ist.

Die Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen kann darum nicht mehr nur lauten: Gegen die Marinevorlage, gegen die Steuern, sondern mit viel mehr Berechtigung: Gegen jede überseeische Macht-erweiterung, gegen jede Abenteuerpolitik!

Ueber das schlesische Zentrum und die bevorstehenden Reichstagswahlen schreibt die „Schles. Volksztg.“: Wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen tritt man, wie wir aus der Provinz erfahren, hier und da an unsere Parteigenossen mit dem Ersuchen heran, schon im ersten Gange für den Kandidaten einer anderen Partei zuzustimmen. Demgegenüber ist es gut, daran zu erinnern, daß die bei der ordentlichen Wahl abgegebenen Stimmen durch das ganze Reich gezählt werden. Deshalb hat die Zentrumspartei immer den Grundsatz beobachtet, im ersten Wahlgange bei den ordentlichen Wahlen die Stimmen nur für einen Kandidaten des Zentrums abzugeben. An diesem Grundsatz wird auch bei den nächsten Wahlen festzuhalten sein. Uebrigens läßt sich noch gar nicht voraussehen, unter welchen Umständen die neuen Wahlen sich vollziehen werden. Schon deshalb wäre es sehr bedenklich, sich jetzt schon für dieselben binden zu wollen.

Offenen Kampf der Konservativen gegen die Antisemiten droht die „Kreuzzeitung“ an. Sie sieht voraus, daß bei den kommenden Wahlen für die Antisemiten die Beseitigung der Konservativen der oberste Gesichtspunkt sein wird, und erklärt, die Konservativen müßten deshalb bereits bei den Hauptwahlen die Antisemiten mit voller Schärfe bekämpfen. Auf der anderen Seite erklärt in der antisemitischen „Deutschen Wacht“ Abgeordneter Zimmermann: „Vorläufig ist einmal eine Theil-quittung in der Westpreignitz den konservativen ländlichen Wahlkreisen, ausgestellt worden; die politische Generalabrechnung, die im nächsten Frühjahr in ganz Deutschland erfolgen wird, wird den Beweis erbringen, daß das Volk die unseidliche Bevormundung satt hat.“

Ähnlich erklärt die Deutsche Volkswacht der Abgeordneten, Hirschel und Köhler gegen die Konservativen: „Diese Partei ohne Charakter und ohne Ueberzeugung gehört nicht in eine Volksvertretung, eine Partei, deren höchstes Bestreben ist, dem Volke alle Rechte wieder zu nehmen, muß aus der Vertretung des Volkes verschwinden.“

Die Allgemeine Fleischschau soll nicht durch Reichsgesetz, sondern auf dem Wege gleichartiger Polizei-Verordnungen in allen Bundesstaaten eingeführt werden. In Preußen ist seitens der Ministerien, in deren Bereich die Regelung der Frage gehört, der Entwurf einer Polizeiverordnung ausgearbeitet worden; nach derselben soll alles nicht zum eigenen Gebrauch im Hause geschlachtete Vieh der allgemeinen Fleischschau unterworfen sein. Wie weit bei der beabsichtigten Einführung der Fleischschau agrarische Wünsche oder Rücksichten auf die Volksgesundheit maßgebend sind, wird erst Inhalt und Handhabung der geplanten Polizeiverordnungen lehren.

Viehählung. In wenigen Tagen, am 1. Dezember, wird die vierte Viehzählung im deutschen Reich vorgenommen. Mit den drei vorangegangenen am 10. Januar 1873 und 1883 sowie am 1. Dezember 1892 verglichen, wird ihr Umfang ein beschränkterer sein, indem

sie sich auf die Maulthiere, Maultesel, Esel und die Leinwand nicht erstreckt, sowie auf gewisse Unterarten der einzelnen Viehgattungen nicht näher eingeht. Dafür sollen — und zwar zum erstenmal im preussischen Staate — jetzt auch die drei wichtigsten Geflügelarten, nämlich die Gänse, Enten und Hühner, aufgenommen werden.

Neues vom Petroleummonopol. Die amerikanische Standard Oil Company muß in letzter Zeit mit der Organisation ihres Monopols in Deutschland große Erfolge zu verzeichnen gehabt haben, da sie es gewagt hat, ihren Abnehmern, also den Zwischenhändlern, bindende Vorschriften zu machen, deren Befolgung diese zu Agenten des Ringes degradieren würde. Die Mannheim-Bremer Petroleum-Gesellschaft, die von der Standard Oil Company reffortiert, hat ihren Abnehmern Verträge vorgelegt, nach denen sie sich für drei Jahre auf folgende Punkte binden sollen:

1. Nur ein bestimmtes Quantum Petroleum anzukaufen und von keinem anderen Geschäft;
2. nicht mehr zu kaufen, als sie im Durchschnitt während der letzten drei Jahren absetzten;
3. sich in keiner Weise selbst an dem Artikel spekulativ oder auf andere Art zu betheiligen;
4. Bücher zu führen, die jeder Zeit der Kontrolle der Gesellschaft offen sein sollen;
5. nur so viel Nutzen zu nehmen, als die Gesellschaft vorschreibt.

Selbstverständlich hat die Zumuthung eines solchen Vertrages große Aufregung in den betroffenen Kreisen hervorgerufen und es fand auch schon am 17. November in Mannheim eine Versammlung der süddeutschen, am Petroleumhandel beteiligten Firmen statt, um gegen dieses Vorgehen der Monopolgesellschaft Stellung zu nehmen.

Die Großhandlungsfirmer lehnen vorläufig den Kontrakt ab und suchen Anschluß an die von der Standard Oil Company unabhängige Pure Oil Company in Hamburg, die in Mannheim und anderen Plätzen Tanks errichtet hat oder errichten wird. Wenn wir auch nicht die Gefahr des Petroleumtruffs allzu hoch bewerten möchten, so macht doch die Thatsache, daß die Standard Oil Company sich mit einem solchen Kontrakt anerbieten hervorgewagt hat, ziemlich stutzig. Denn darum allein, die Zwischenhändler mit dem Anerbieten vor den Kopf zu stoßen, kann es sich bei dem Vorgehen gewißlich nicht handeln.

Wenn die Gesellschaft so rücksichtslos zugreift, so muß sie sich ihrer Sache ziemlich sicher fühlen. Man wird also dem sich entspinnenden Kampfe zwischen der Gesellschaft und den deutschen Zwischenhändlern mit Aufmerksamkeit folgen müssen. Ein Unterliegen der letzteren würde für die deutschen Konsumenten eine Gefahr für ihren Geldbeutel bedeuten; der ganze Plan, der aus dem Vertrage hervorgeht, läuft ja schließlich nur auf eine künstliche Einschränkung des Petroleumangebotes, also auf eine Vertheuerung des Petroleums, hinaus. Ober sollte doch nur eine Regelung des ganzen Absatzwesens beabsichtigt sein, um unnötige Verluste durch innere Konkurrenz unmöglich zu machen? Auch eine solche Absatzregelung bedeutet aber schließlich erhöhte Macht der Monopolgesellschaft zur Durchführung ihrer eigenmächtig festzusetzenden Petroleumpreise. Die Gefahr für die Konsumenten würde also auch bei dieser Auffassung nicht geringer.

Eine zutreffende Schilderung der kapitalistischen Feindschaft gegen den Arbeiterschutz liefert die „Kreuzzeitung.“ Sie schreibt über die Arbeiterversicherungs- und Schulgesetze:

„Schon die von der Regierung zur Vorberatung und Begutachtung ihrer Vorlagen eingesetzte außerparlamentarische Kommission hatte mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen und begegnete gleich von Anfang einer regelrechten Verschleppungstaktik seitens derjenigen Mitglieder, die im Ausschusse die Interessen der . . . Großindustrie vertraten. Nun hat die letztere im ganzen Lande, auch unter den Arbeitern selbst, eine Bewegung gegen das Zustandekommen der Arbeiterschutzgesetzgebung in's Leben gerufen, insbesondere gegen die Alters-, Unfall- und Krankenversicherungsvorlagen, insofern dieselben die Fabrikherren belasten. An und für sich haben die . . . Großindustriellen nichts gegen die von der Regierung geplante Arbeiterschutzgesetzgebung, vorausgesetzt, daß der Staat alle Kosten trägt, die Steuern trotzdem nicht erhöht und ja beileibe der Großindustrie keine wie immer geartete Last auferlegt. Von direkten Beiträgen für die Alters-, Unfall- und Krankenversicherungskassen der Arbeiter wollen die . . . Großindustriellen erst recht nichts wissen, weil sie nach ihrer Behauptung dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden. Sie machen nun die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie sich genötigt sehen würden, die Löhne herabzusetzen, falls sie vom Gesetze gezwungen würden, Beiträge zu den erwähnten Kassen zu leisten, eine Aussicht, die selbstverständlich für die Arbeiter nichts Verlockendes hat. Andererseits ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter selbst auch billiger Weise etwas zu den Alters-, Unfall- und Krankenversicherungskassen beitragen müßten, wogegen sie sich unter Betonung der Thatsache sträuben, daß die Geringfügigkeit der Löhne ihnen keine derartigen Ausgaben gestattet. Da nun die . . . Großindustrie sehr einflußreich ist und die Regierung andererseits auch von der Arbeiterschaft nicht dasjenige Entgegenkommen findet, auf das sie gerechnet hat, so ist es mit den Aussichten einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung in . . . sehr schlimm bestellt. Im Uebrigen ist es noch sehr fraglich, ob es der Regierung mit ihrer ganzen Aktion wirklich ernst ist. Man hat deshalb einigen Grund, an diesem Ernst zu zweifeln, weil selbst die wenigen belanglosen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter, die derzeit Gesetz geworden sind, nicht durchgeführt werden und todt Buchstaben bleiben. Die Gesetze über die Auszahlung der Löhne, die Kinder-, Frauen- und Nachtarbeit sind mit so zahllosen Ausnahmen versehen, daß sie thätlich nützlich in . . . angesehener erscheinen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung und die . . . Großindustriellen keine ernsthafte, dem Staatswohl entsprechende Auffassung von der Arbeiterschutzgesetzgebung besitzen. Denn die letztere bildet hier, wo ein Sozialistengesetz in absehbarer Zeit unentbehrlich ist, das einzige Mittel, die revolutionäre Sozialdemokratie zu bekämpfen.“

Diese Schilderung kennzeichnet das Thun und Treiben der Kapitalisten sehr gut. Aber das Junkerblatt bezieht seine Auslassungen nur auf die belgischen Kapitalisten.

listen. Für jeden Satz hätte jedoch das Junkerblatt zahlreiche Belege in Deutschland finden können, und zwar nicht nur aus den Reihen der Schlotjunger, auch die Krautjunger haben in dieser Richtung Alles gethan, was in ihren Kräften stand. Reizend ist das Geständniß, daß man in den Schutz- und Versicherungsgesetzen nur ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sieht. Gäbe es keine Sozialdemokratie, dann wäre es nicht so gefährlich, die Arbeiter Schutz- und rechtlos zu lassen. Sprechen die Gegner über andere Länder, dann erkennen sie offen an, was sie für Deutschland mit voller Entrüstung zurückweisen. Die Kapitalisten aller Länder und aller Religionen sind sich gleich. Ob der Kapitalist Jude, Katholik oder Protestant ist, ob Engländer, Franzose oder Deutscher, in erster Linie tritt er für die Erhöhung des Kapitalprofites ein und da bedient er sich in allen Ländern der gleichen Mittel. Jede Ausgabe für den Arbeiter sucht er zu sparen. So kommt es, daß die von dem englischen Satyriker Dickens geschilderten Kapitalisten jeden Beser amüthen, als ob er sie schon irgendwo im Leben kennen gelernt habe.

### Italien.

Zur Lage. Während öffentliche Versammlungen in ganz Italien verboten sind, täglich Zeitungen beschlagnahmt werden (das illustrierte sozialistische Wochenblatt *Vassino*, d. h. der Esel, am vorigen Sonnabend, dann eine Flugchrift der Mailänder Sozialisten über die Ursache der Brodvertheuerung, ferner zum achten Mal nacheinander *Il popolo sovrano*, d. h. das souveräne Volk, offizielles Parteiblatt der Republikaner), während das Kabinet Rudini bestrebt ist, neue Volkstnebelungsgesetze zu fabriziren, die Zahl der Wähler durch Verminuzung der Verdächtigen aus den Wählerlisten zu vermindern, das Wahltrecht durch die Bedingung längerer Seßhaftigkeit zu schmälern, während die Tribuna in Rom, ein Sprachrohr der Reaktion, von der Einföhrung indirekter Wahlen spricht, hat der radikale Abgeordnete Sacchi die sentimentale Anwandlung, den Minister des Innern zu interpelliren: ob er sich an dem Verhalten der englischen Politiker den streitenden Mechanikern gegenüber ein Beispiel nehmen will, ob die Medien, die von Arbeitern dort gehalten werden, in Italien eine Aufreizung zum Klassenhaß in sich schließen; ob in Italien eine andere freierliche Richtung in der inneren Politik einzuschlagen sei. Energischere Schritte gegen die Reaktion sind von den Demokraten und Liberalen leider nicht zu erwarten.

Der Finanzminister läßt durch seine Leibblätter ausposaunen, daß die Rente per Ende Dezember pari notirt ist, daß Banken und Sparkassen im Geld schwimmen, dagegen machen die Sozialisten die andere Thatsache bekannt, daß Hunderttausende von Menschen hungern, daß 50 Prozent aller Italiener nicht in der Lage sind, sich die physiologisch nothwendige Nahrung zu verschaffen.

### Serbien.

Milan von Gottesgnaden. Vor kurzer Zeit tauchten Gerüchte auf, daß Erzöknig Milan die Absicht habe, sich von seiner Frau scheiden zu lassen, weil er eine neue Ehe eingehen wolle. Die auftretenden Gerüchte wurden von der serbischen Regierung dementirt.

Nun stellt der Belgrader Korrespondent der Prager „Narodni Listy“ fest, daß Milan thätlich bei dem Metropolit Michal um die Ehescheidung angefragt habe. Als der Metropolit dies verweigerte, verlangte er die Aufhebung seines Ehebundes mit Natalie und gab als Grund an, daß er eine neue Ehe eingehen wolle. Seine Auserwählte ist die bekannte Artemisia, mit der Milan schon zusammenlebte, als er noch auf dem Throne saß, und der zuliebe er Natalie verließ und alle jene unerhörten Skandale verursachte, die ihm die Verachtung der ganzen Welt verschafften. Artemisia war die Gattin seines Sekretärs Milan Christich, den er, trotzdem er ein ganz unfähiger Mensch war, als serbischen Gesandten nach Berlin sendete, nur um mit Christichs Gattin leben zu können. Artemisia ist jetzt von Christich geschieden und lebt bei ihrem Vater in Konstantinopel. Mit dieser Artemisia hat der Erzöknig einen Sohn, der den Namen Obren erhielt, um damit anzudeuten, daß er von den Obrenowitsch abstammt. Milan versprach der Artemisia, schon bevor sie von ihrem Gatten geschieden war, und auch nachher, er werde sie heirathen und den Obren als seinen legitimen Sohn anerkennen. Diese Versprechungen machte er nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich. Artemisia benutzte diese erhaltenen Briefe, um Milan bis auf's Neueste auszunutzen. Eine Zeitlang haßte Milan sie aus diesem Grunde und wollte sich aus ihren Schlingen befreien und, soweit es bei ihm möglich, ein anständiger Mensch werden. Er hat den Sultan, er möge auf den Vater der Artemisia, der Inspektor auf den Gütern des Sultans ist, einwirken, daß ihm die Briefe zurückgegeben werden. Artemisia sendete Milan thätlich sechs Briefe zurück, ließ sie aber vorher photographiren; die drei wichtigsten Briefe aber, in denen ihr Milan die Ehe versprach, behielt sie zurück. Deshalb wurde Wladan Djordjevitich, der schon früher die Rolle des Vermittlers in Milan's Liebesaffären gespielt hatte, als Gesandter nach Konstantinopel geschickt, damit er um jeden Preis die Briefe in seine Hände bekomme und sie dem Erzöknig übergebe. Aber in Wladan wurde der alte Kuppeltrieb rege. Er trachtete beide Theile einander wieder näher zu bringen. Artemisia erklärte, auf die Ehe mit Milan verzichten zu wollen, wenn dieser nur den Obren adoptire. Als aber Milan seine frühere Geliebte wieder sah, erwachte in ihm die alte Leidenschaft von Neuem und er erklärte feierlich, seine Verpflichtungen erfüllen zu wollen. Balan Djordje-



vollständig war als Vermittler unentbehrlich geworden, und er wurde daher zum Ministerpräsidenten ernannt. Deshalb mußte das Ministerium Simitsch zurücktreten. „Alle politischen Rücksichten müssen schweigen, denn die Familie Drenovitsch wird ihre schmutzige Wäsche waschen“, bemerken die „Narodni Visti“. Artemissa wird in kurzer Zeit nach Belgrad kommen, wo schon jetzt in unmittelbarer Nähe des königlichen Palais für sie ein Haus hergerichtet wird.

### Frankreich.

Die Affäre Dreyfus und ihre Behandlung durch die Presse wie durch die militärischen Behörden giebt dem Pariser sozialistischen Blatt „La Petite République“ Anlaß zu einem Leitartikel, in welchem es folgende treffenden Bemerkungen macht:

Die Wahrheit ist, daß die Affäre Dreyfus ein untergeordneter Vorfall ist. Die Spionage dagegen ist eine Sache von allgemeiner, universaler Bedeutung; sie vollzieht sich täglich, in allen Hauptstädten, und jede Nation hat eine gewisse Anzahl von Spionen, die in irgend einer Weise offiziell bei den Nachbarn beglaubigt sind; es bedarf der ganzen Leichtgläubigkeit der Masse französischer Leser, um den Sensationsromanen über internationale und gegenseitige Spionagerien, welche ihnen jeden Morgen unsere Blätter erzählen, eine Alles überragende Wichtigkeit beizumessen. Hier hören wir die berufenen Verteidiger der Armee mit Entrüstung dagegen protestieren, daß sich in den Reihen unserer Armee Spione befinden könnten — als ob die Spionage anders ausgeübt werden könnte, als durch die Besetzung Jener, die im Staube sind, genaue Angaben über die Verhältnisse zu machen, die der Fremde kennen lernen will. Es giebt Spione in unserer Armee, in der deutschen Armee in allen Armeen der Welt, weil man noch nicht Schuhmacher oder Wäcker zu dem Informationsdienst ganz besonderer Art, den diese Art Nachforschungen erfordern, verwenden kann. Natürlich hindert das diese Armeen durchaus nicht, in ganz gleicher Weise für Angriff und Verteidigung bereit zu sein; das Resultat des schließlichen Zusammenstoßes hängt ja von einem Zusammenwirken nicht vorher zu bestimmender Ursachen ab, auf welche der Spionage kein entscheidender Einfluß möglich ist, da sie ja überall gekübelt wird. Man verfolgt die Spione, und man thut recht daran. Man verlangt für sie exemplarische Strafen; nichts berechtigter als das, da ja solche, welche das Geld des Fremden annehmen, einen Akt der Feindseligkeit gegen das Vaterland begehen. Aber warum verurteilt man, wenn ein solcher Akt entbehrt wird, nutzlos die Wagen Papier über die wahren oder falschen Umstände des Verraths, warum führt man die öffentliche Meinung irre und wozu erregt man im Lande eine Panik? Weil die militärische Autorität — worunter das höchste Kommando zu verstehen — um ihr Prestige zu erhöhen, die Wichtigkeit ihrer Funktionen zu vergrößern, sich stellt, als habe sie einen schweren Vertrauensbruch in der geringsten Aufklärung über das unwissenschaftliche Detail der Organisation; sie schleicht den Kluggerichten den Mund und entgeht den unbehaglichen Kontrollen ihrer Vergewandung, indem sie überall und überall, für etwas oder für nichts, „die Sicherheit des Landes“ ins Treffen führt. Enttäuscht man sich über diesen Mißstand oder über jene Gaunereien, so zieht sich der Minister aus der Aemter, indem er schwört, es handle sich um ein Geheimniß der Landesverteidigung. Die Menge ist an den Glauben gewöhnt, daß der Erfolg eines zukünftigen Krieges von der Verwahrung oder Preisgebung eines Geheimnisses abhängen könne; sie fängt Feuer bei dem Bekanntwerden einer Spionage-That, und das Oberkommando hält sich, sie zu beruhigen. Die Presse ergötzt sich in geheimnisvollen und dickeren Erörterungen, und mehr bedarf es nicht, um eine allgemeine Erregung hervorzurufen und Alle das kalte Blut verlieren zu lassen.

Das Blatt weist nun auf den Wirtwarr hin, den die Geheimnisthämerei der Heeresleitung geschaffen und welcher dieser nun selbst gefährlich werde, und sagt dann:

Wir wissen nicht, wie man sich aus dieser Klemme ziehen wird. Aber das kann man schon jetzt behaupten, daß die Urheber so vieler Unfälle und unzähliger Verbrechen um Haare lassen müssen. Und das wird gerecht sein, denn noch nie hat man eine Körperlichkeit so unverschämte dem ganze Lande ins Gesicht schlagen sehen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

25. November.

**Vom Tage.** In Haft gerieth ein Arbeiter, welcher einem schlafenden Kollegen Fußzeug und Kleidungsstücke stahl. — Gestohlen wurde einer Wittve in den letzten 1 1/2 Jahren diverser Leinwandzeug. Sie hat das Fehlen der Sachen erst jetzt entdeckt.

**Ernennung.** Am 13. d. M. hat der Senat den Schuhmann Gustaf Waginski zum Revisionsaufseher bei dem hiesigen Hauptzollamt ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Dezember d. J. festgesetzt.

**Christbaum-Verkauf.** Am Mittwoch, den 8. Dezember d. J., sollen im Israelsdorfer Forstrevier, Bezirk Besloe, 5—6000 Christbäume öffentlich meistbietend verkauft werden. Versammlung der Käufer Morgens 10 Uhr im Forstort Hammer am Brandenbaumer Wege.

**Holz-Verkauf.** Am Mittwoch, den 1. Dezember 1897, Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirthschaft von Brauer, Israelsdorfer Allee, aus dem Israelsdorfer Forstrevier, Forstorte Schwein, Fuchsberg, Lehnholz (Zahnsche) und Besloer Tannen ca. 5000 Stück Nadelholzstangen (Letterbäume, Schleete, Bohnenstangen, Rosenstöcke etc.), ca. 100 rm Eichen-, Kluft- und entb. Knüppelholz, ca. 180 Hf. Weich- und Nadelholz-Busch öffentlich meistbietend verkauft werden.

**Ein neuer Hirsch-Drunder'scher „Märtyrer.“** Vor einiger Zeit theilte die „E. B.“ als „Nächste dazu“ mit, daß ein Arbeiter Hameyer auf Drängen sozialdemokratischer Kollegen von dem Kupferschmiedemeister Schöber entlassen worden sei. Das thut dem Blatt, welches an die Notiz einige Bemerkungen bekannten Kalibers knüpfte, nachstehende Berichtigung ein:

Der Arbeiter Hameyer arbeitete in meiner Kupferschmiedewerkstelle beim Schiffbau in der Roch'schen Werft zu meiner Zufriedenheit. Ohne jegliches Wissen meinerseits soll Hameyer von nicht bei mir beschäftigten Arbeitern nach eigener Aussage demselben beauftragt worden sein, daß er sich veranlaßt fühlte, seiner eigenen Sicherheit (I) halber, die bei mir innegehabe Stelle aufzugeben, welches ich ihm wahrheitsgemäß bescheinigte. Es steht absolut nicht in meiner Macht, einen einzelnen Mann vor 400 bis 500 Leuten zu schämen. Mir that aber das Gesicht des Mannes leid und bemühte ich mich deshalb für Hameyer bei den Herren Carl Thiel u. Söhne und bei den Herren Spatthilf

u. Co. um Stellung für denselben. Erstere Firma hatte keine Stelle frei, letztere jedoch bot mir an, der Mann möchte nur hinkommen. Hameyer, hiervon von mir in Kenntniß gesetzt, gab flehentlich zur Antwort, solches versuchen zu wollen. Nach eingehender Erkundigung mehrerlei bei den Herren Spatthilf u. Co. ist Hameyer aber gar nicht dort gewesen.

Wir haben keine Ursache, uns über die von Zeit zu Zeit von der „Eisenb.-Zeitung“ mit ständiger Dienstverflissenheit in Umlauf gesetzten Gruselgeschichten aufzuregen. Es giebt Elemente, mit denen zusammen zu arbeiten anständige Arbeiter anwidert, und es giebt weitere Elemente, die ihre Unfähigkeit den Fabrikanten durch die Wärrerregloriose, die sie um ihr Duldverhaupt weben, schmuckhafter zu machen suchen.“ Der pp. Hameyer ist uns völlig unbekannt; wir sind daher nicht in der Lage, zu beurtheilen, inwieweit die anscheinend von ihm ausgehenden Darstellungen der Wirklichkeit entsprechen. Bezeichnend ist für uns lediglich die plumpe Art, in der die „E. B.“ indirekt unsere Partei zu verunglimpfen sucht — „streng objektiv“ und „mit reinem Gewissen.“

**Ein landwirthschaftlicher Betriebsunfall.** Der Arbeiter Pieterel war, so wird der „Vollstg.“ berichtet, auf einem ostfriesischen Gute beschäftigt gewesen. Pieterel besand sich eines Tages mit mehreren Arbeitern zusammen, von denen zwei in Streit gerathen waren. Wüthlich ergriffen der Inspektor des Gutes und schlug auf die beiden Streitenden ein; Pieterel suchte den Inspektor von seinem Eingreifen abzubringen. Etwas später stellte der Inspektor den Pieterel wegen seines Verhaltens zur Rede und gerieth mit ihm in Streit. Als der Inspektor mit einem Stock nach Pieterel schlug, ergriff dieser keine Senze, um sich zu wehren. Nunmehr nahm aber der Inspektor einen Revolver, schoss auf Pieterel und verletzte ihn erheblich. Der Anspruch des Verletzten auf Unfallrente wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, da ein Betriebsunfall nicht vorliege. Wegen dieser Entscheidung legte Pieterel Berufung beim Schiedsgericht ein. Er bat um Zuzulassung einer Rente, da in der hier in Frage kommenden Gegend solche Streitigkeiten häufig vorlämen. Das Schiedsgericht wies jedoch die Berufung des Klägers ab, da die Handlung des Inspektors eine strafbare Privatthat sei. Pieterel ergriff darauf das Rechtsmittel des Rekurses an das Reichsversicherungsamt. Dies hob unter dem Vorsteh des Präsidenten Gaebel die Berufung auf und verurtheilte die Genossenschaft aus folgenden Gründen zur Rentenzahlung: Die Verletzung des Klägers ist aus dem Grunde als landwirthschaftlicher Betriebsunfall anzusehen, weil der Unfall in unmittelbarem Zusammenhange mit den landwirthschaftlichen Arbeiten gestanden habe bezw mit dem damit im Zusammenhange stehenden Streite der Mitarbeiter. Der Kläger habe, als er zur Rede gestellt worden sei, sich noch im landwirthschaftlichen Betriebe befunden, zumal er während einer Pause habe zum Essen gehen und alsdann die Arbeit wieder fortsetzen wollen. Dieses Urtheil ist unanfechtbar. Es trifft durchaus das Richtige. In Gegenden, wo der Inspektor sofort zum Vorne der landwirthschaftlichen Arbeiter bereit ist, gehört auch die Nothwehr zum landwirthschaftlichen Betriebe.

**Das Ergebnis der Wahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Blen-Oldenburg) am 23. November stellt sich einem uns zugegangenen Privattelegramm wie folgt: v. Tungen (Agr.) 7507 Stimmen, Weinheber (S.D.) 2760 Stimmen, Damasko (N.S.) 2403 Stimmen, Schmidt (F.Bp.) 1839 Stimmen und Hoeck (F.Bp.) 1469 Stimmen. Die Ergebnisse aus einer Anzahl kleinerer Gemeinden stehen noch aus. — Stichwahl zwischen Weinheber und von Tungen ist wahrscheinlich. — Von einzelnen Resultaten seien noch erwähnt:**

	Tungen	Hoeck	Schmidt	Damasko	Weinheber
Stadt Oldenburg	130	25	50	132	55
Helligenhafen	25	32	102	58	71
Villjensburg	51	42	67	181	27
Rehmarn ergab	383	203	103	415	246

Von ländlichen Orten, welche eine sehr hohe Stimmzahl für Weinheber ergaben, seien noch hervorgehoben aus Kreis Blen:

Depenau	26	—	—	—	34
Verdoel	17	1	—	—	14
Schönböden	18	8	—	—	16
Stolpe	12	4	17	2	65
Wantenndorf	29	1	26	8	122

aus Kreis Segeberg:

Damsdorf	21	3	1	—	11
Schieren	9	6	13	—	12
Westerrade	4	4	5	—	17

Wie es in den hochkonservativen Gegenden aussieht, mögen nachstehende Zahlen zeigen: (Kreis Blen):

Bochhorn	22	—	—	—	—
Futterkamp	128	—	—	—	16
Grieben	59	1	—	—	—
Kletkamp	179	—	—	—	5
Lehmshagen	104	—	—	—	3
Reudorf	83	—	—	—	—
Reichsais	232	—	1	3	19
Banker	134	—	1	13	—
Sophienhof	40	—	—	—	4
Schönweide	68	—	—	—	2
Wohlfors	79	—	—	—	3
Waternevertorf	132	—	—	—	1

(Kreis Oldenburg):

Dühsdorf	101	—	—	—	—
Gaarz	123	—	—	—	—
Ganslöh	139	1	8	—	1
Rosenhof	62	—	4	—	—

(Kreis Segeberg):

Travenort	42	—	—	—	—
Sarau	118	1	—	—	2
Wenfin	146	—	—	—	—

Letzteres Gut gehört dem früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten für den 17. hannoverschen Wahlkreis, Senator Hasebrot aus Harburg.

Es sind lehrreiche Zahlen, deren Bedeutung wir noch in einem besonderen Artikel besprechen werden.

**Harburg.** Eine Anklage wegen Kindesmordes wurde am 19. d. M. vor dem Schwurgericht in Stade verhandelt. Angeklagt war die aus der Untersuchungshaft vorgeführte Dienstmagd Auguste Schapals aus Schillgallen (Ostpreußen). Der Anklage liegt folgende Vorgeschichte zu Grunde: Am Morgen des 10. März 1896 wurde auf dem Wübbe'schen Wiesengrundstück im Rönneburger Moor bei Harburg, ca. 20 Meter vom See-

damm entfernt, in einem auf dem Grundstück stehenden leeren Abortschüsselkasten die Leiche eines 8 bis 14 Tage alten Mädchens gefunden. Sie war vollständig bekleidet; um Nase und Mund war ein graues Taschentuch mit rother Kante gebunden. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß das Kind keines natürlichen Todes gestorben war. Obgleich in Erfahrung gebracht wurde, daß wenige Tage vorher eine Frauensperson trotz strömenden Regens mit einem schreienden Kinde den Seebendammpassirt hatte und obgleich ein ziemlich genaues Signalement gegeben werden konnte, war es damals doch nicht möglich, die Kindesmörderin zu entdecken. Die Thäterin hat sich auf ganz eigene Weise dem Gericht selbst in die Hände geliefert. Im Juli 1897 verzog die jetzt 22jährige Schapals von Hamburg nach Altona. Sie meldete sich hier polizeilich an, gleichzeitig aber auch ihr im Februar 1896 geborenes Kind. Die Anmeldung war seinerzeit auch beim Standesamt in Hamburg vollzogen worden, doch fiel es der Altonaer Kriminalpolizei auf, daß eine Meldung des Kindes bei der Hamburger Polizei nicht bemerkt war, während doch die Schapals zur Zeit der Geburt des Kindes in Harburg in Stellung war. Inzwischen war die Sch. wieder nach Hamburg zurückgekehrt und hatte sich hier vermietet. Hieran wurden Nachforschungen angestellt und festgestellt, daß die Angaben des Mädchens, wonach sie das Kind zu fremden Leuten in Kost, dann zu ihrer Schwester oder zu ihrer Mutter in Ostpreußen gegeben habe, auf Unwahrheit beruhten. Die Anhaltspunkte für die Annahme eines Verbrechens mehrten sich so sehr, daß einige Tage darauf — die Schapals war mit ihrer Dienstherrschin nach Rostock verreist — der Kriminalpolizei Inspektor Engel ihr nach Rostock nachreiste und nach längerem Verhör die Verhaftung der Schapals veranlaßte. Die Schapals gesteht die That in vollem Umfange ein. Sie ist in Hamburg in Stellung gewesen und hat dortselbst vom 4. Februar bis 1. März 1896 in der Entbindungsanstalt Aufnahme gefunden. Nach der Entlassung habe sie eine gewisse Scholz 4 Tage aufgenommen, während welcher Zeit sie sich bemüht haben will, das Kind bei fremden Leuten gegen Entgelt unterzubringen. Diese Absicht wäre jedoch daran gescheitert, daß die hierzu sich bereit erklärenden Personen zu viel Pflegegeld beanspruchten. Sie habe deshalb den Entschluß gefaßt, zu ihren Eltern zu reisen. Ihr Weg habe sie jedoch nach Harburg geführt. Hier angekommen, sei sie planlos umhergeirrt und auf das Wübbe'sche Wiesengrundstück im Rönneburger Moor gerathen. Wie sie des dort stehenden leeren Abortschüsselkastens ansichtig geworden, habe sie das Kind in denselben gelegt und angenommen, daß es dort bald gefunden würde. Hieran will sie wieder nach Hamburg gefahren sein und hier einen Dienst angenommen haben, ihre Dienstherrschin dann nach Rostock begleitet, wofelbst ihre Verhaftung vorgekommen war. Von Hamburg aus habe sie f. Z. ihre Schwester in Ostpreußen gebeten, falls nach dem Kinde Nachforschungen angestellt würden, anzugeben, daß es in ihrem Besitz (der Schwester) sei, damit eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit nicht eintrete. Sie giebt zu, um Nase und Mund des Kindes ein graues Taschentuch mit rother Kante gebunden zu haben, jedoch nicht mit der Absicht, dasselbe dadurch zu ersticken. — Der Spruch der Geschworenen lautete auf Bejahung der Hilfsfrage und Verneinung der Hauptfrage. Der Staatsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte, wie schon mitgetheilt, auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

**Bremen.** Parteikonferenz für Nordwestdeutschland. Nach dem Vereinshaufe war am Sonntag eine Konferenz der Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei von Nordwestdeutschland von der Bremer Agitationskommission einberufen. Es waren Vertreter erschienen aus dem Bremer Wahlkreis, den umliegenden hannoverschen Wahlkreisen, vornehmlich dem 6., 17., 18. und 19., sowie drei oldenburgischen Wahlkreisen, im Ganzen 36 Delegirte, darunter drei Reichstagskandidaten. Die Konferenz wurde geleitet von dem Genossen Ebert-Bremen, dem die Genossen Rhein-Bremen und Winkler-Hafstedt zur Seite standen. Als Einleitung hielt der, auf einer Agitationstour sich befindliche Reichstagsabgeordnete Geyer einen Vortrag über die innere politische Lage und die Zeichen, unter denen sich wahrscheinlich die nächste Reichstagswahl abspielen wird. Nach diesem Referate wurden von den Delegirten Berichte über den Stand der Parteibewegung und die Wahlausichten gegeben. Daraus entwickelte sich der augenscheinliche Zweck der Konferenz, nämlich: In wie weit die auf der Konferenz vertretenen Wahlkreise gemeinsam die Vorbereitung für die Wahl treffen und die Agitation betreiben können und in wie weit die einzelnen Wahlkreise während der Wahlagitation sich gegenseitig unterstützen können. Das Ergebnis der Diskussion, während welcher sich der Genosse Küger aus Verden sehr instruktiv über die Landagitation verbreitete, war folgendes: Die Bremer Wahlkreis finanziell und mit agitatorischen Kräften zu unterstützen, desgleichen den 6. hannoverschen Wahlkreis. Ferner erklären sie sich bereit, im Verein mit den Hamburger Genossen den 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis bei der Agitation zu unterstützen, wie auch einen Distrikt des 17. hannoverschen Wahlkreises auf ihre Kosten zu bearbeiten. Die Vertreter von Bremerhaven-Gesfemünde erklären sich bereit, ihre Unterstützung bei der Wahlagitation im 2. oldenburgischen Wahlkreis und zwar im Weserdistrikt Nordenham-Rodenkirchen nach Kräften zu gewähren. Eine lange Diskussion rief ein Antrag auf Herausgabe eines Agitationskalenders für das Jahr 1898 hervor. Der Antrag wurde abgelehnt, jedoch beschlossen, daß für die spätere Zeit, zunächst also für das Jahr 1899, ein solcher Kalender für Nordwest-



Deutschland herausgegeben werden solle. Ferner beschloß die Konferenz, eine Konferenz für den 18. hannoverschen Wahlkreis demnächst einzuberufen, auf welcher innere Streitigkeiten ihre endgültige Schlichtung finden sollen. Schließlich wurde beschlossen, die auf der Konferenz festgelegte Agitationseintheilung allen Vertrauensmännern der auf der Konferenz vertretenen Wahlkreise in einem Zirkular zugänglich zu machen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Stadthorn. „Freisinn.“** Bekanntlich siegten im vorigen Jahre bei der Stadtverordnetenwahl die Sozialdemokraten mit einem und in diesem Jahre mit beiden Kandidaten. Die „liberalen“ und „treusinnigen“ Mannesleuten unserer Stadtvertretung haben nun Angst bekommen; sie wollen, dem Beispiele der Kieler, Nendburger u. s. w. „liberalen“ und „Freisinnigen“ folgend, den Wahlsens zu erhöhen und zwar von 6 Mt. auf 9 Mt. Vom Magistrat ist bereits ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt. Die Erziehung für den zum Stadtrath gewählten Stadtverordneten P. C. Ksmussen dürfte erst nach Neujahr stattfinden. Bis dahin hofft man noch den Wahlsens zu erhöhen. Und mit dieser erzkonservativen Bourgeoisgesellschaft soll die Junkerreaktion bekämpft werden!

**Kiel. Freigesprochen** von der Anklage der Beleidigung wurde am 10. Juli vom Landgerichte Kiel der Redakteur der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“, Karl Korn. Er hatte einen Artikel „Vom Ansehen Deutschlands“ veröffentlicht und darin das Deutsche Reich mit einem brutalen Gensdarm verglichen, den Jeder fürchte, den aber Niemand achte. Das Landgericht hat nicht angenommen, daß durch den Artikel sämtliche preussischen

Gensdarmen beleidigt seien. — Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsanwalte nicht vertreten. Die Freisprechung werde dadurch getragen, daß die Angabe des Angeklagten für glaubhaft erachtet worden sei, wonach der betreffende Passus sich gar nicht auf die Gensdarmrie als solche beziehe, sondern nur das Bild eines bestimmten einzelnen Gensdarmen, der sich durch Brutalität auszeichne, heranziehe. — Das Reichsgericht verwarf die Revision.

**Flensburg.** Die hiesige Handelskammer hat den mit dem Hafenarbeiterverein zu vereinbarenden Lohnstarif durch Bewilligung der wesentlichsten Forderungen des genannten Vereins zum Abschlusse gebracht.

**Sternberg (Mecklenburg).** Kein neuer Kanal. Der Mecklenburgische Landtag hat es mit 51 gegen 24 Stimmen abgelehnt, die von der Regierung für den Bau eines Kanals von Wismar nach Schwerin verlangten 2 000 000 Mt. zu bewilligen.

**Stadttheater.** Die mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel Neuheit „Helga's Hochzeit“ von Schöthman und Koppel-Elsfeld wird morgen, Freitag, bereits zum dritten Male gegeben und gelangt hierzu noch das reizende Lustspiel „Das Schwert des Damokles“ mit Herrn Kunze als „Kleister“ zur Aufführung. Sonnabend geht Goethe's „Faust“ als vollständige Vorstellung bei halben Preisen in Scene. Die nächste Aufführung von Shakespeare's „Sommer nachts Traum“ findet nächsten Montag statt.

**Circus Variété, Reuterkrug.** Am Freitag den 26. November hat der verdienstvolle Leiter und allbeliebte Humorist Heinrich Kalberg im Circus Variété Reuterkrug sein Benefiz; es braucht wohl keines weiteren Hinweises, daß an diesem Abend sich ganz Lübeck im Circus Variété ein übervolles Haus zu sichern. Heinrich Kalberg wird an diesem Tage mit vollständig

nenen Vorträgen aufwarten, außerdem konzertirt von 7 1/2 Uhr die vollständige Stadtkapelle. Ferner hat die vom vorigen Spielplan so beliebt gewordene Konzertsängerin Amalie Castelli ihre Mitwirkung für diesen Abend zugesagt. Jedenfalls können wir diesen interessanten Abend Jedem empfehlen.

**Emil Naucke's Variété** veranstaltet morgen, Freitag, eine große Volksvorstellung. Wir können hierauf umsonst aufmerksam machen, als Herrn Naucke durchweg nur erste Kräfte zur Verfügung stehen. Jeder Herr hat das Recht, eine Dame frei einzuführen, und dürfte ein ausverkauftes Haus wohl Herrn Naucke's Mühe belohnen. (S. Inserat.)

**Quittung.**

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:  
 Von B. aus Seimsdorf 2 Mt.  
 Zahlstelle Gimdtel des Fabrikarbeiter-Verbandes durch Vician 30 „  
 Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:  
 Die Expedition des Volksboten,  
 Johannisstraße 50.

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 21. November  
 Der Schweinehandel verlief gut.  
 Preise: 700 Stück. Parthe: 600 Stück schwerer 58 59 Mt., 60 61 Mt., 62 63 Mt. und 64 65 59 Mt. pr. 100 „

**See-Berichte.**

D. Linnea, Kapl. Nyberg, ist am 23. November in Helsingfors angekommen.  
 Aus St. Petersburg wird telegraphirt: Eisstand. „Leave“ löst in Neval.  
 D. Lemart Torkenton, Kapl. Johansson, ist am 24. d. Mts. von Karlskrona auf hier abgegangen.  
 D. Deutschland, Kapl. Ohlén, ist am 24. November von Olga auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden erfreut  
**J. C. W. Blöss und Frau**, geb. Türl.  
 Lübed., den 24. November 1897.

**Dankagung.**  
 Für bewiesene Theilnahme und für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, besonders allen Nachbarn für ihren treuen Beistand während seiner langen Krankheit sowie Herrn Pastor Bousset für seine trostreichen Worte sagen herzlichsten Dank.  
**C. Carsten Wwe. nebst Kindern.**

**Verpätet.**  
 Für die bewiesene Theilnahme beim Begräbnis meines Mannes, sowie für die mir überlesene Unterstützung sage ich Allen meinen herzlichsten Dank.  
**Sophie Peters Wwe.**, geb. Nagel.

Unser Freund Hermann Heitmann  
 zu seinem hütigen Geburtstag ein dankerndes Hoch, das bei uns 14 an'n Mühlhoferweg so dankbar anfängt. Wenn du die beten marken lestst, denn sind wie bi di.  
 Du ahnt es nicht.

**Zu vermietthen** zum 1. Januar eine leere Stube. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

**Zu vermietthen** zu sofort ein freundlich möblirtes heizbares Zimmer Ludwigstraße 43, 1. Et.

**Zu vermietthen e. möbl. heizb. Zimmer** Friedenstraße 9.

**Zu kaufen gesucht ein kleiner eiserner Ofen** Moisklinger Allee 50 b.

**Zu verkaufen** ein fast neuer Winter-Überzieher für einen Jüngling von 16-18 Jahren Balauerstr. 2.

**Zu verkaufen ein guter Kinderwagen** Ludwigstraße 16.

**Billig zu verkaufen** ein gebr. Sopha, ein neues Sopha mit und ohne Nähte Süßstraße 76, 1. Et.

**Zu verkaufen 5-6 Wochen alte Ferkel** W. Schwarz, Margarethenstraße 16.

**Billig zu verkaufen** ein gut erhaltener Rod und ein Federboden für eine Kinderbettstelle Süßstraße 71.

**Gefunden ein Portemonnaie m. Inhalt** in der Dornestraße. Abzuholen Lindenstraße 5, 1. Et.

**Billig abgegeben** eine gebrauchte Trittmaschine, eine gebrauchte Handmaschine.  
**J. H. Reimann**, Königstraße 93.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

**Das Recht und die Rechtshilfe der Handlungsgehilfen.**

Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehilfen.  
 Von **Richard Lipinski**.  
 Preis 25 Pfg.

**Grosse Auction!**

am Freitag den 26. November Nachm. 2 1/2 Uhr in der Hundestraße 41

über: ein tafelförmiges Klavier, Bettstellen, Sopha, Tisch, Stühle, Servanten, 2 Staud neue Betten, ein großer Posten Colonialwaaren, mehrere neue Wringmaschinen, ein Posten gewalkte Zug-Stiefelgeschäfte, ein Posten Schuhr, Knopf- und Spangenschuhe, mehrere hochseine Knaben-Heberzieher, Handharmonikas, Puppen, 10 Mille ff. Cigarren und vieles nicht Genannte mehr.

**J. C. B. Schmehl**, Auktionator und Taxator.



**August Vietig**, Ritzbergergrube 45. Fernsprecher 582.

**Hochfeine Margarine** Pfd. 55 und 65 Pfg. empfiehlt

**J. Stoos**, Arminstraße 10.

Den allerfeinsten hiesigen fetten Speck Pfd. 70 Pfg., durchwachsenen Speck Pfd. 75 Pfg., Landwurst, Pfd. 1 Mt. sowie prima Meiereibutter Pfd. 1,20 Mt. empfiehlt

**August Dose**, Arminstraße 24.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich von Herrn A. Weiss mehr Schwarzbrot erhalte und dies in vorzüglicher Güte empfehle.  
**Th. Storm**, Königstr. 98.

**Herbstfang - Flohm - Heringe** en gros - en detail empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

**Java-Bruch** in neu veresserter Qualität, Pfd. 1 Mt.

**Caffee-Rösterei** Holstenstraße 10.

**Frisch gebrannter Caffee** (reinschmeckend.) Pfd. 60 und 80 Pfennig.

**J. H. Schwang**, Gr. Burgstr.

**Möbel, Spiegel, Volkswaaren** in allen Preislagen. Nette Arbeit. Complete Musterzimmer stets vorräthig. Beste Bezugsquelle für Braut-Ausstattungen.

**Folker's Möbel-Magazin**, Marlesgr. 25.

**Achtung Holzarbeiter!**

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 23. November ist unser Arbeitsnachweis von nun ab geöffnet:

Mittags von 12 1/2 bis 12 1/2 Uhr, Abends von 7 1/2 bis 8 Uhr.

An Sonn- und Festtagen: Vormittags von 11 bis 12 Uhr.

Die Lokalverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

**Geschäfts-Gröpfung.**

Mit dem heutigen Tage eröffne ich

**Engelsgrube 80**

**Margarine-Special-Geschäft** und empfehle einem geehrten Publikum **A. L. Mohr'sche ff. Margarine**, Pfd. 65, 60 u. 50 Pfg.

**Paul Stormer.**

Schöne grüne und gelbe Erbsen Pfd. 12 Pfg.

Prima russ. Seife Pfd. 20 Pfg. Feinste Margarine Pfd. 60 Pfg.

Sämmtliche Colonialwaaren zu den billigsten Preisen.

Morgens 4 Uhr: Frische Semmel und Zwiebacken.

Jede Woche 4 Mal das beliebte Moisklinger Schwarz- u. Feinbrot, sowie Brod von der Lübecker Dampf-Bäckerei.

**Georg Schmidt**, Schönkampstr. 14.

**Rud. Kracht**, Lübeck. Rathh. Allee 40, empfiehlt als besonders schön und preiswerth:

Frisch gebrannten Caffee per Pfd. 80, 100, 120, 140 und 150 Pfg.

Feinste und hochfeinste Margarine Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.

Pa weißes Schmalz Pfd. 40 Pfg. Schöne Pflaumen Pfd. 25 u. 30 Pfg.

Trockene Birnen Pfd. 30 Pfg. Ringäpfel Pfd. 50 Pfennig.

Rosinen Pfd. 40 und 50 Pfennig. Corinthen Pfd. 30 Pfg.

Schön Koch. grüne u. gelbe Erbsen Pfd. 12 Pfg.

Geschälte Erbsen Pfd. 20 Pfg. Weiße Bohnen Pfd. 15 Pfg.

Feine diverse Sorten pikanten schönen Käse, Flohm-Heringe, Salzgurken, Anchovis u. s. w.

Zur Schlachtzeit empfehle bestens: Schönen u. starken Esfig Nr. 15 Pfg., Feines und grobes Salz, Grüze, Gewürze, Rinderdärme, Kranzdärme, Töpfe u. s. w.

**Ausspielen**

von **ff. Gansen, Karpfen u. Rauchfleisch** auf einem Ziehbillard am Dienstag den 30. November. Ergebenst **Ferd. Jans**, Königstr. 112.

**Zum neuen Sandfrug.** 2. Wallstraße 33. Ausstossen auf einem Ziehbillard von **fetten Gansen, Karpfen u. Rauchfleisch** am Montag den 29. November. Anfang Morgens 10 Uhr. Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stühe. Ergebenst **J. Heitmann**.

**Elysium.** Das für heute Donnerstag den 25. November angezeigte Familien-Franzchen findet Umstände wegen nicht statt. **Rud. Wenz.**

**Gasthof Drei Kronen Fackenburg.** Am Sonntag den 28. November **Gross. Tanzkränzchen** im neu decorirten Salon. **Fr. Lange.**

**Emil Naucke's Variété.** Freitag, 26. Nov.: Große Volksvorstellung. Jeder Herr kann eine Dame frei mit einführen. **Mr. Karway** und alle Artisten. Vorzugsbillets gültig.

**Circus Variété Reuterkrug.** Freitag den 26. November, 7 1/2 Uhr: Benefiz- und Ehrenvorstellung für den Artist. Director und allbeliebten Humoristen **Heinr. Kalberg.** Großes Monstre-Concert. 2 Musikcapellen - 40 Musiker. Auftreten sämmtlicher Künstler. Parole: **Ganz Lübeck im Circus Variété.**

**Stadt-Theater.** Freitag: 88. Abonnem.-Vorst. 2. Abth. Wau. Freitags-Abonnement Nr. 8. Neuheit. Zum 3. Male. Neuheit. **Helga's Hochzeit.** Lustspiel in 3 Akten v. Schönthan u. Koppel-Elsfeld. In Scene gesetzt von Director Erdmann. Hierauf: **Das Schwert des Damokles.** Kleister - Herr Kunze. Sonnabend: Volksth. Vorst. bei halben Preisen. **Faust** (1. Theil).



## Der Schweizerische Sozialdemokratische Parteitag.

Am 13. und 14. d. Mts. fand in Zürich der 10. Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie statt. Die erste Sitzung wurde vom Genossen Brandt-St. Gallen dem Präsidenten der Partei eröffnet.

Behandelt wurden in dieser Sitzung der Geschäftsbericht des leitenden Ausschusses, die Maifeier und die Revision des Fabrikgesetzes, sowie die Affaire Moor-Bern. Aus dem Geschäfts- resp. Kassensbericht ist zu entnehmen, daß im verfloßenen Jahre die Einnahmen 1511 Fr., die Ausgaben 693 Fr. und der Kassenbestand 817 Fr. betragen.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Genosse Brandt, der die verschiedenen schweizerischen politischen Ereignisse Revue passieren ließ und auch besonderer Erwähnung that der Kämpfe der deutschen Sozialdemokratie, der Verfolgungen des greifen Wilhelm Liebknecht, für den wir Alle bewundernde Hochachtung haben und endlich des Kampfes der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag gedachte. Er beantragte, Liebknecht und den Maschinenbauern die Sympathie des Parteitags auszudrücken, was ohne Diskussion beschlossen wurde. Am vorjährigen Parteitag in Winterthur ist eine fünfzehngliedrige Kommission zur Reorganisation der Partei und Revision des Programms bestellt worden, die jedoch ihre Arbeiten noch nicht beendet hat. Sie theilte sich in drei Subkommissionen, wovon die eine unter dem Präsidium Greulich die Agrarfrage, die zweite unter dem Geschwinds die Genossenschaftsfrage und die dritte unter Steck die Organisationsfrage zu behandeln hat. Zur Verathung der letzteren lagen der Subkommission Entwürfe Wullschlegers und Stecks, sowie Vorschläge des geschäftsführenden Ausschusses vor.

Bezüglich der Maifeier ist nach der Mittheilung Brandts bereits eine Rednerliste angelegt. Greulich machte darauf aufmerksam, daß die nächstjährige Maifeier auf den Sonntag fällt und da wohl jeder kleine Ort seine eigene Feier wird haben wollen. Da wir aber stets einen Mangel an Rednern haben, ist es wünschenswerth, daß benachbarte Orte die Feier gemeinschaftlich begehen.

In Bezug auf die Revision des Fabrikgesetzes, die seit Jahren alle Congresse, Delegirtenversammlungen und andere Zusammenkünfte beherrscht, stellte sich der Parteitag auf den Boden der von der letzten Delegirtenversammlung des Schweizerischen Grütlivereins beschlossenen Resolution, welche eine Totalrevision des Fabrikgesetzes, insbesondere aber den Zehnstundentag und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für die Arbeiterinnen fordert. In der Diskussion hob dann Geschwinds-Oberwil (Canton Baselland) hervor, daß beim freien Sonnabendnachmittag auch die Sonntagsarbeit für Reparaturen in den Fabriken wegfallen würde, weil sie dann am Sonnabend gemacht werden könnte.

Thies-Bern regt an, auch die Anstellung von weiblichen Assistenten der Fabrikinspektion zu verlangen, die in anderen Ländern bereits mit Erfolg funktionirten.

Die Angelegenheit Moor ist diesmal zwar radikal gelöst worden, ob auch glücklich, ist eine andere Frage. Zur Information der Leser sei bemerkt, daß Karl Moor vor etwa 2 Jahren wegen Verlehrs mit einem jungen Mädchen (Moor ist ledig) vor die Geschworenen gestellt, von diesen aber freigesprochen wurde. Eine Anzahl Berner Genossen, sowie namentlich Genosse Seidel in der Züricher „Arbeiterstimme“, machten das Vorkommniß zu einer großen Partei- und Sittlichkeits-Affaire, die den vorjährigen Parteitag stundenlang beschäftigte und diesmal nun wieder auftauchte. Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Zürich IV beantragte den Ausschluß Moor's aus der Partei, andererseits sie selbst ausließen würde und in der That wurde in geheimer Abstimmung mit 31 gegen 19 Stimmen der Ausschluß beschlossen. Die hervorragendsten und thätigsten Genossen stimmten gegen den Ausschluß und bedauern lebhaft, daß er beschlossen wurde. An dem Stande der Dinge ändert der Ausschluß insofern nichts, als Moor nach wie vor Redakteur der geschickt und geschwindig redigirten „Berner Tagwacht“ und der Vertrauensmann der Berner Arbeiterschaft bleiben wird.

Lang-Zürich begleitete das Abstimmungsergebnis mit dem ironischen Ausrufe: Die Tugend hat glänzend gesiegt!

Am Sonntag versammelte sich der Parteitag im Schwurgerichtssaal. Zunächst referirte Nationalrath Wullschleger über die Eisenbahnverstaatlichung. Obwohl es sehr wichtig sei den Privatbetrieb der Eisenbahnen dem Kapital zu entreißen und dem Bunde als dem Repräsentanten der Gesamtheit zu übertragen, so sind wir dennoch nicht bedingungslos Anhänger der Verstaatlichung, sondern es kommt für uns auf das „wie“ derselben an. Das Rechnungsgesetz bietet nun die Garantie, daß man nicht zu theuer kaufen werde. Was die Furcht vor der Stärkung der Bundesbureaucratie betrifft, so ist sie bei uns um so weniger vorhanden, als diese es nicht schlimmer treiben kann, als es bisher die Bureaucratie der Privatbahnen getrieben hat. Auch das gut organisirte Eisenbahnpersonal habe von der Verstaatlichung nichts zu befürchten.

Wullschleger besprach sodann die Vorgänge im Nationalrath bei der Verathung der Verwaltung der Bundesbahnen, wo die demokratische Gestaltung der Verwaltung abgelehnt wurde, weil die Radikalen dadurch eine Schwächung der Macht des Bundesraths mit Recht befürchteten.

Einiges Gegengewicht bieten immerhin gegen die bundesrathliche Macht die Kreisbahnräthe. Er empfahl schließlich, in der Volksabstimmung für das Gesetz zu stimmen und seine im Sinne des Referats gehaltene umfangreiche Resolution anzunehmen, was ohne Diskussion einstimmig beschlossen wurde.

Eine lebhafte Diskussion rief die Kranken- und Unfallversicherung hervor, worüber Greulich referirte.

Er skizirte die ziemlich reiche, seit bald 15 Jahren schwebende Frage und beleuchtete dann in scharfer kritischer Weise die Verschlechterungen, welche der Nationalrath an den bundesrathlichen verschörkelten Gesetzentwürfen vorgenommen hat. Die Krankenunterstützung und Unfallrente wurde herabgesetzt von 66,7 Proz. auf 60 Proz., gleichzeitig aber die Beiträge der Arbeiter erhöht, auf der anderen Seite sind die Beiträge der Unternehmer und

des Bundes reduziert worden. Auf's Schärffste verurtheilte er läppische Bestimmungen, welche auf Betreiben der Unternehmer beschlossen wurde, wonach im Falle des unentschuldigsten Wegbleibens des Arbeiters von der Arbeit der Unternehmer dem Arbeiter die ganze Prämie vom Lohn abziehen darf. Und das nennt man dann die Arbeiter und Unternehmer zusammenführen zu friedlichem Zusammenwirken in einer Organisation? Der leitende Ausschuß des Schweizerischen Arbeiterbundes wird an den Ständerath eine Eingabe richten um Verbesserung der Versicherungsvorlage, die die Partei unterstützen sollte. Er beantragte dann eine Resolution, welche die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den vom Nationalrath an der Vorlage vorgenommenen Verschlechterungen ausdrückt, die Bemühungen des Arbeiterbundes um Verbesserungen zu unterstützen verspricht und ferner erklärt, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen, aber das Parteikomitee beauftragt, sofort nach beendigter Verathung der Vorlage die nöthigen Schritte zu thun, damit die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz sich über die dann zu ergreifenden Schritte verständigen kann.

In der Diskussion über das Referat nahm zuerst Lang das Wort, um in einer 3/4 stündigen Rede einen dem Greulich'schen Referat entgegengesetzten Standpunkt zu vertheidigen. Nicht die bundesrathlichen Vorlagen dürften als Maßstab an die vom Nationalrath beschlossenen Verschlechterungen angelegt werden, wie dies Greulich gethan, sondern die bestehenden Zustände. Und wenn man so verfährt, so erscheint die Vorlage in der vom Nationalrath gegebenen Gestalt immer noch mit zahlreichen Vortheilen und bedeutet sie immer noch einen großen Fortschritt. Wullschleger, Mettler-Zürich, Oberstaatsanwalt Bgraggen-Bern bekämpften die Auffassung Lang's energisch, und Letzterer sah sich dann genöthigt, zu erklären, daß er mit seiner Rede durchaus nicht bezwecken wollte, Alles kritisch hinzunehmen. Er wollte die Vortheile des Systems der Versicherung hervorheben, aber in der Hoffnung, daß der Ständerath die Vorlage verbessern werde. Er unterstützte auch die Resolution Greulich's und empfahl ferner eine umfassende Agitation zur Unterzeichnung einer Petition an den Ständerath um Verbesserung der Vorlage im Sinne der Arbeiterforderungen. Greulich bezeichnete in seinem Schlußworte die Lang'sche Rede als einen großen taktischen Fehler. Ist es denn wirklich ein so großes, soziales Werk, wenn die Arbeiter den Löwenantheil an den Kosten der Versicherung tragen müssen? Dr. Moser in Bern berechnet die Gesamtkosten der Versicherung auf 22.480.000 Frs., wovon die Arbeiter 10.13 Mill. Franken zu tragen haben, während Unternehmer und Bund miteinander nur 12 Millionen aufzubringen haben. Die von uns für nöthig gehaltenen Verbesserungen können wir nur erreichen, wenn wir die Faust machen, wenn wir mit derselben Rücksichtslosigkeit auftreten, deren sich auch andere Leute nicht schämen. Die Versicherung ist übrigens für die Unternehmer mindestens so dringend notwendig, wie für die Arbeiter, so daß Letztere daran nicht allein interessiert sind. — Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

Am Nachmittag referirte Seidel über das Getreidemonopol, für dessen Einführung im Kanton Zürich bereits 1879 die Sozialdemokraten die Initiative ergriffen, welche jedoch in der Volksabstimmung mit 29.884 gegen 16.789 Stimmen abgelehnt wurde. Die

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(51 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zu Hause angekommen, fand sie Briefe von Sofia Alexandrowna und Tania Michailowna vor, die sie aufforderten, zu ihnen nach Zürich zu kommen. Sofia hatte in Bern den Doktorhut erworben und gedachte sich in Zürich zum Zwecke weiterer klinischer Studien festzusetzen. Tania wollte daselbst ihr letztes Jahr Medizin absolviren.

Die Freundinnen kannten ihre Lage und wollten sie derselben entreißen. Sie glaubten, daß sie in Zürich eher etwas verdienen könnte und wiesen auf Schweizer demokratische Blätter hin, denen ihre Arbeiten willkommen sein dürften und mit denen sie vielleicht in dauernde Verbindung treten könne. Sie sollte mit den Freundinnen zusammen wohnen und das bescheidene Leben mit ihnen theilen.

Es sei ein Leben der Arbeit, inmitten einer geistig belebten Atmosphäre.

Im Kreise der russischen Emigration in Zürich würde ihr eine neue Welt erstehen, mit neuen Idealen, in der Mann- und Frau als gleichwertige und gleichgestellte Menschen miteinander verkehren.

„Komm sofort, zögere nicht, unsere Herzen verlangen nach Dir“, lautete der Schluß dieses Briefes, den Helene an ihre Lippen drückte.

Sie war dem Rufe gefolgt und nach Zürich gegangen.

Als sie in diesem Augenblick die Gemüsebrücke überschritt, hatte sie die Sonne im Rücken und der schwarze Schirm ruhte lässig auf ihrer Schulter. Das nun wieder

volle Gesicht hob sich rosig von diesem dunklen Hintergrund ab, und die schönen Augen zeigten einen frohen und glücklichen Ausdruck, der ihr die Jugend wieder zurückgab. Auch ihr Gang war leicht und schwebend, wie ehemals, und sie bewegte kaum merklich den Kopf, wie man es thut, wenn Gedanke an Gedanke sich drängt.

Sie hatte soeben mit dem Chefredakteur eines demokratischen Blattes ein festes Engagement als ständige Mitarbeiterin abgeschlossen. Man hatte sie mit sehr viel Achtung behandelt, aber man bezahlte sie schlecht; man versicherte, ihre Arbeiten seien vortrefflich, aber die Mittel des Blattes gering.

Nun, sie war zufrieden, sie brauchte so wenig, und wenn sie recht fleißig war, würde sie ihr Auskommen finden.

Diese langersehnte Möglichkeit, in liebgewordener Arbeit sich ehrlich ihr Brod zu verdienen, war endlich da und erfüllte sie mit hoher Freude, sie verließ ihr Festigkeit und Zuversicht, daß that ihr so gut.

An der Ecke vor der Fleischhalle wurde sie von einer Höterin angerufen, die da ihren Obststand hatte, und ihre Waare mit Wort und Geberde anpries.

Helene blieb stehen.

Diese Reineclauden waren in der That herrlich, groß und von der Sonne durchkreist. Tania würde entzückt sein, wenn sie ihr welche brächte. Es war zwar Verschwendung bei ihrem Einkommen, aber sie hatte nun doch ein Einkommen, und sie kaufte welche für 50 Centimes.

Die Höterin zählte Stück für Stück ab und packte die Reineclauden, grüne Blätter säuberlich dazwischen schiebend, in eine Düte. Als sie einen Blick auf die vor ihr Stehende warf, legte sie gutmüthig zinkernd noch drei dazu. Sie kannte ja die „wüschten“ Dinger, die

da auf das „Polty“\* hinaufliegen; arm waren sie und hungrig und wenn sie noch so viel in ihre bickigen Köpfe hineinstopften, verdienen würden sie noch lange nichts, das wollte sie ihnen garantiren.

Sie lächelte gönnerhaft und auch Helene lächelte, zahlte und eilte weiter.

Sie hatte unter den Lauben noch etwas zu kaufen und ging dann die steile Kämmstraße aufwärts.

„Venotscha“, rief jetzt Jemand hinter ihr drein.

Helene wandte sich um.

Ein großes, schlankes Mädchen lief fast athemlos den Berg herauf, mit den langen Armen gestikulirend und ihr zuwinkend.

Als sie sie erreicht hatte, hustete sie und lachte und versuchte dabei zu sprechen, bis ein Krampf sie erfaßte und sie zwang, endlich den Mund zu halten.

„Aber, Nina, wie kannst Du nur so verrückt den Berg herauflaufen“, tadelte Helene.

„Jeder läuft, wie er kann“, entgegnete sie munter, dann ruffisch:

„Gehst Du nach Hause?“

„Gewiß, ich habe zu thun.“

„Ach, laß doch, komm' jetzt mit mir.“

„Wohin?“

„Es ist heute Freitag, wo der „Sozialdemokrat“ verschickt wird, das Personal reicht gewöhnlich nicht aus und da kommen die Freunde zusammen und helfen ihnen die Adressen schreiben, willst Du nicht auch?“

„Sehr gerne,“ sagte Helene, „ich bin schon einmal dabei gewesen.“

\* Abkürzung für Polytechnikum, im Volksmunde die Bezeichnung für alle Fakultäten der Züricher Universität.



## Soziales und Partei-Leben.

**Hamburg.** Die Hamburg-Amerika-Linie hat zur Entlohnung ihrer Getreideschiffe eine andere Arbeitsmethode eingeführt, wobei wiederum an den Arbeitelöhnen gespart wird. Bisher sind die Schiffe von Schauerleuten geleitet worden. Seit einiger Zeit versucht die Gesellschaft, die Entlohnung dieser Schiffe durch Leichterführer zu bewerkstelligen, die bedeutend weniger Lohn bekommen, als die Schauerleute. Es sind zu diesem Zwecke 20 Leute angeworben, die für einen monatlichen Lohn von 83 Mark und 30 Pf. für die Ueberstunde angeheuert wurden und bei Selbstbelohnung auf einem Leichter logieren sollen, welcher in Lübeck erbaut wird und mit Elevatoren versehen ist. Mit diesem Leichter und dem großen Elevator, den die Gesellschaft besitzt, sollen die Dampfschiffe der Gesellschaft entleert werden, und sollen diese beiden Leichterfahrzeuge mit den darauf befindlichen Leuten von einem Schiffe zum anderen verholzt werden. Man hat hiermit bereits den Anfang gemacht, indem man einsteuerten den großen Elevator dazu benutzte und die zwanzig als Leichterführer angeheuert Leute auf dem Leichter „Süd-Süd-West“ unterbrachte, welcher als Transportschiff für Schauerleute, Kohlenarbeiter u. s. w. seit einiger Zeit benutzt wird. Die Leichterführer begannen ihre Arbeit auf dem Dampfer „Pennsylvania“ und auf noch einem zweiten Dampfer der Gesellschaft. Sie sahen jedoch ein, daß sie bei einer solchen schweren und gesundheitschädlichen Arbeit mit dem bewilligten Lohn nicht auskommen konnten und stellten ihre Forderung am Donnerstag auf 100 Mk. monatlich und 40 Pf. für die Ueberstunden. Am Freitag wurde ihnen gesagt, der Inspektor, welcher diese Arbeiten speziell in der Hand hätte, sei nicht am Plage und werde erst in etwa vier Wochen zurück kommen. Dieser Zeitpunkt war den Arbeitern doch etwas zu fernliegend; es stellten hierauf elf Mann die Arbeit ein, die am Sonnabend angelohnt wurden. Neun Mann sind für den alten Lohn geblieben. Ob es der H.-A.-L. gelingen wird, die fehlenden elf Leute für einen solchen Lohn wieder zu ergängen, bleibt abzuwarten. — Außerdem plant die H.-A.-L. sich einen festen Stamm Schauerleute anzulegen, die ebenfalls auf einem Fahrzeuge einquartiert und in festen Monatslohn gestellt werden sollen. — Das Arbeitsnachweiskureau für dann ferner noch erforderliche Schauerleute und der Quaiarbeiter soll am 1. Januar 1898 am Peterlenquai eröffnet werden.

### Das Glück des Herrn.

**Das proletarische Opfer fürstlichen Jagdsports.** Bei den Dobracyner Varenjagden, an denen auch der Erzherzog Otto theilnahm, stürzte ein angeschossener Bär auf einen dicht neben dem Erzherzog postierten Waldheger und tödtete ihn, bevor von der Jagdgesellschaft Hilfe gebracht werden konnte. Erzherzog Otto, der selbst in großer Gefahr geschwebt hatte, ließ die Jagd abbrechen, er versprach, für die Hinterbliebenen des Verunglückten sorgen zu wollen. Weshalb hat denn der dicht daneben stehende und mit den ersten Schießwaffen ausgerüstete ritterliche Erzherzog Otto, diese Blüthe des Hochadels, den Bären nicht gestreift? Es klingt ja eigen, daß die „Jagdgesellschaft“ nicht helfen konnte. Wozu ist denn der Erzherzog da? Hat der Tapfere das Hasenpanier ergriffen? Der Proletarier läßt sein Leben und Otto „sorgt“ dann für die Hinterbliebenen aus — der Tasche der Steuerzahler.

**Ein Schlaupf.** Ein Irländer übernahm kontraktlich die Verpflichung, einen Brunnen zu graben. Als er ca. 25 Fuß gegraben hatte, kam er eines Morgens zur Arbeit und fand, daß der Brunnen eingestürzt und das Bohrloch bis zum Rande mit Erde gefüllt war. Der Irländer schaut sich vorsichtig um, und als er bemerkt, daß Niemand in der Nähe, nimmt er seinen Rock und

betrachtete, obwohl sie ein zärtliches, leicht entzündbares Herz hatte.

„Was hat Dich in die Stadt geführt?“ fragte Helene.

„Du weißt doch, Klara Pisanoff hat entbunden“, sagte Nina, „es kam ihr sehr ungelegen, sie hat ihr letztes Examen vor sich.“

„Das wird sie nun für ein Jahr hinauschieben müssen“, meinte Helene.

„Das wird sie nicht“, erklärte Nina bestimmt, während sie mit gleicher Entschiedenheit in die Dürte griff. „Sie studirt im Bett und wird zur festgesetzten Zeit schon gerüstet sein.“

„Aber wie versorgt sie das Kind, oder vielmehr die Kinder? Das ist ja ihr zweites.“

„Ah, der Große ist selbständig, der ist fast drei Jahre alt, der geht mit dem Vater, und für das Kleine habe ich soeben in der Stadt diese Saugflasche gekauft“, sie klopfte auf ihre Tasche, die weit abstand, „jetzt kann das auch ohne Mutter versorgt werden.“

„Du bist wohl viel bei ihnen, Nina?“

„Ich thue, was ich kann“, sagte sie einfach, „aber es reicht nicht aus, wenn Pisanoff nicht so brav wäre, ein prächtiger Mensch! — Nun, er versäumt nichts, er ist noch nicht so weit, er kann seine Prüfungen erst im nächsten Jahre ablegen, da hat er Zeit, sich vorzubereiten, aber es thäte ihm zu leid und mir auch, wenn Klara damit nicht zurecht käme.“

„Kochst er denn auch?“ fragte Helene, die sich von den ihr anezogenen Begriffen, die zwischen Frauen- und Männerarbeit streng unterschieden, nicht völlig zu emanzipiren vermochte.

„Natürlich kocht er“, sagte Nina so ruhig, als wenn

Gut und wirft diese Sachen zwischen die Erdschollen, vertritt sich ins nahe Gebüsch und harret der Dinge, die da kommen sollen. . . . Nicht lange währte's und Passanten entdecken, daß der Brunnen eingestürzt ist, und da sie die Kleider des Iren sehen, vermuthen sie, dieser sei verunglückt und liege auf dem Grunde des Brunnens.

Mehrere Stunden harter Arbeit entfernen die Erdschollen aus dem Brunnen und man erreicht den Boden desselben. Gerade als man seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß der Körper des Iren nicht zu finden, näherte sich dieser seinen „Rettern“ und dankte ihnen dafür, daß sie ihm die unangenehme Arbeit abgenommen hatten.

**Der große Brand in London.** Inmitten der Londoner City, im hebeltesten Geschäftsviertel der Riesenstadt, wo fünf, bis achtsstöckige Geschäftshäuser enge Gassen bilden, die nur von einigen Straßenzügen durchquert sind, brach Freitag Mittags ein Brand aus, der sich binnen kurzer Zeit so furchtbar ausbreitete, daß sämtliche Feuerwehren Londons bis zum frühen Morgen ihre ganzen Kräfte vereinigen mußten, um den Brand zu bewältigen. Seit dem historischen Riesenbrand vom 2. Septbr. 1666, dem 13 200 Häuser Londons zum Opfer fielen, wurde die Stadt von keiner gleich großen Brandkatastrophe heimgesucht. Auf dem Kontinent hat man noch keinen Ueberblick über den Umfang des Riesenbrandes, aber so viel ist schon annähernd festgestellt, daß das Element durch sechs Straßen verheerend zog, und daß nicht weniger als hundert Häuser darunter auch eine Kirche, total eingeeicht wurden. Hundert Häuser, Geschäftshäuser, die vom Parterre bis zum Dach in allen Räumen mit Waarenvorräthen angefüllt sind, wurden in zwölf Stunden vom entseffelten Element zerstört, und die Menschen konnten nichts thun, als dem Brande Grenzen zu ziehen und durch rasche Flucht ihr Leben zu retten. In das heimgegriffene Viertel gelangt man über die weltberühmte Towerbrücke. Es liegt am Ausgange der Whitechapelstraße. Dieses Geschäftsviertel ist nach der größten Straße, die es durchzieht, Aldersgate-Viertel benannt. Der verursachte Schaden wird auf zwei bis fünf Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Unter den Hunderten von geschädigten Geschäftsfirmen befinden sich viele Deutsche. Große Lager von Wollwaren, Pelzwerk Damenmänteln, Straußfedern, künstlichen Blumen, Spitzen, Handschuhen, Posamentenwaren und anderen Kurzwaren sind gänzlich vernichtet. Das Feuer entstand kurz vor 1 Uhr Nachmittags in einem Hause in Hamsel-Street durch eine Gasexplosion. Das Gebäude bildete in wenigen Minuten eine Feuermaße. Die Flammen ergriffen dann Jewin Street, Wells Street, Australian Avenue, Monkwell Street, St. Nicholas Square und die Westseite der Red Cross Street. Da die meisten dieser Straßen sehr eng sind, wurden, wenn ein Gebäude brannte, rasch die gegenüberliegenden Häuser von den Flammen ergriffen. Bald bildete das ganze Straßengeviert ein wahres Flammenmeer. An Rettung der Waaren war in den meisten Fällen nicht zu denken. Fortwährende Gasexplosionen gaben den Flammen neue Nahrung. Von 4 Uhr ab waren die Anstrengungen der Feuerwehr nur darauf gerichtet, das weitere Umsichgreifen des Brandes auf andere Straßen zu verhüten. Fast alle brennenden Gebäude fielen gänzlicher Zerstörung anheim. Wunderbarer Weise ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Viele Personen trugen indeß mehr oder minder erhebliche Verletzungen davon. Erst gegen Mitternacht war der ungeheure Brand größtentheils bewältigt. Das Güterdepot der Midlandbahn ist nicht abgebrannt, aber mehrere öffentliche Gebäude im Bereiche der Brandstätte sind beschädigt. Die Brandfläche bietet einen traurigen Anblick dar; im Ganzen sind etwa 200 Gebäude gänzlich oder theilweise eingeeicht. Tausende von Arbeiterinnen, Lagergehilfen und Arbeitern sind außer Beschäftigung.

sich das ganz von selbst verstände, „aber er muß auch verdienen — er arbeitet für mehrere Blätter — es trägt so wenig ein und es geht ihnen wirklich so knapp — aber wenn Klara ihren Doktor gemacht hat, dann wird es schon besser werden — sie ist sehr geschickt, sie wird als Frauenarzt sofort eine Praxis finden — dann kann sie ein Mädchen halten und dann — ach Gott — es ist nur mehr eine Dürte — sei nicht böse, ich habe all' diese grünen Dinge da aufgeessen — nein, wie mir das leid thut — ist's vielleicht Dein Abendimbiss gewesen?“

„Beruhige Dich, nur eine Nischerei.“

„Gut, für mich war's ein Mitageff.“, sagte Nina vergnügt, indem sie die letzte Reineclade in den Mund steckte.

Sie waren vor dem Hause am oberen Wolfsbach angelangt, das Konrad vorher betreten hatte und begaben sich sofort, eine Treppe hoch, in die Wohnung des Redakteurs.

Dieser selbst war nicht anwesend, aber um den Speisetisch herum saßen eine Anzahl von Bolontärs, Herren und Damen, die voll Eifer sich anschickten, die Courverts, in denen der „Sozialdemokrat“ verschickt werden sollte, mit ihren interessanten Handschriften zu versehen. Die Ankömmlinge wurden freudig begrüßt, und eine reizende Blondine, die hier die Honneurs machte, hatte ihnen sofort einen Platz und alles Nötige zugewiesen. Diese noch junge Frau war die Gattin des Administrators des „Sozialdemokrat“. Von der ängstlichen Ordnungsliebe und Pedanterie, lag ihrem Wesen nichts ferner als der Gedanke des Umsturzes. Ihre Toilette war immer sorgfältig und sie sah so appetitlich und nett aus, wie aus dem Schächtelchen gezogen.

(Fortsetzung folgt.)

Ausführungen Siebels sind im Wesentlichen in folgender von ihm vorgelegten Resolution enthalten: Der sozialdemokratische Parteitag erklärt sich neuerdings, wie der von Solothurn 1892, für das staatliche Getreidemonopol einschließend des Mehlimportmonopols und zwar aus folgenden Gründen: 1) Nur durch das staatliche Getreidemonopol kann dem Volke billiges Brod beschafft werden. 2) Nur durch das Getreidemonopol kann die Verproviantierung des Landes in Kriegszeiten verbürgt und der drohenden Gefahr einer raschen Auszehrung unserer Wehrkraft und unseres Volkes vorgebeugt werden. 3) Nur durch das Getreidemonopol kann der für einen rationellen Betrieb der Landwirtschaft nothwendige Getreidebau in unserem Lande geschützt und gehoben werden. 4) Nur durch das Getreidemonopol kann das nothwendige Müllereimonopol naturgemäß herbeigeführt und können Gemeinde- und Genossenschaftsbäckereien gefördert werden. 5) Nur durch das Getreidemonopol kann der Getreidewucher wirksam bekämpft und dem Privatkapital ein Hauptgegenstand des gewissenlosen Börsenspiels entzogen werden. — Mit Rücksicht auf die Eisenbahnverstaatlichung, auf die Kranken- und Unfallversicherung und auf die andern noch schwebenden Fragen steht der sozialdemokratische Parteitag aber zur Zeit von einer Initiative für das Getreidemonopol ab, empfiehlt dagegen allen Parteigenossen und Arbeiterorganisationen, eine lebhaft propagandistische für die gute Idee und das nothwendige soziale Reformprojekt zu machen. Ist einmal das Volk über die Sache aufgeklärt und dadurch für das Getreidemonopol gewonnen, so wird die öffentliche Meinung die Volksvertreter zum gesetzlich organisatorischen Vorgehen treiben und die Initiative vielleicht sogar überflüssig machen. Das Parteikomitee erhält Auftrag, sich mit den andern Arbeiterorganisationen (Christlichen und Gewerkschaftsbund) in Verbindung zu setzen und mit diesen gemeinsam diese Propaganda zu unterstützen und zu fördern.“

In der Diskussion bestritt zunächst Gschwind die Behauptung des Referenten, daß der Getreidehändler 4,80 Fres an dem Doppelzentner Getreide Gewinn mache. Nach seinen Erfahrungen bei der Oberwiler Genossenschaft betrage der Gewinn nicht mehr als 1 Fres. Der große Getreidehandel vertheure auch nicht das Getreide, sonst hätten nicht die deutschen Agrarier das Verbot des Terminhandels in Getreide wegen angeblicher Verbilligung des Getreides durchgesetzt. Was die Ausfuhr des Getreidemonopols betrifft, so müßten hierfür die Bauern entnommen werden, was aber nur möglich sei, wenn man ihnen auch den Gewinn aus dem Monopol giebt und höhere Getreidepreise zahlt. Wo bliebe aber dann das billige Brod? Er beantragt die Ablehnung der Siebelschen Resolution.

Greulich findet die Gewinnberechnungen Siebels ebenfalls als irthümliche, aber er ist für das Getreidemonopol, weil es für die Schweiz eine staatswirtschaftliche Nothwendigkeit ist. Die Schweiz würde im Falle eines europäischen Krieges in die Gefahr der Hungersnoth kommen, selbst wenn sie kriegerisch nicht direkt beehrt würde.

Mettier zitiert den Landwirtschaftslehrer Dr. Aur, der aus dem Getreidemonopol 10, aus dem Mehlmonopol 8 Millionen Gewinn berechnet, aber die 3 Millionen für die Landwirtschaft reklamirt.

Brandt erklärt es als fraglich, ob der schweizerische Getreidebau überhaupt gehoben werden könne.

Nach einem Schlußwort Siebels wird seine Resolution mit Mehrheit angenommen.

Als Vorort wurde Zürich und als Präsident A. G. gewählt; der nächste Parteitag findet in Basel statt. Mit einem dreifachen Hoch auf die schweizerische und internationale Sozialdemokratie schloß Brandt den Parteitag.

Nina steckte kameradschaftlich ihren Arm in den ihren und nun bogen sie nach der Wolfsbachstraße ab und gingen im Schnellschritt vorwärts.

„Was hast Du da?“ fragte Nina Swanowna, die mit dem Finger bezeichnend.

Helene hielt ihr die Dürte geöffnet hin: „Gefällig?“

Nina that einen kühnen Griff und begann sofort zu nicken, in schmeichelnder, wirklich unschöner Weise.

Die Schönheit hatte nun überhaupt nicht an ihrer Lege gethan, und sie mochte im ersten Moment gerade häßlich erscheinen. Groß, hager und grobknochig, hatte ihrer Haltung die Anmuth und ihren Zügen jegliche Anmuth.

Sie entflammte einer kleinrussischen Bauernfamilie, obwohl sie seit zwei Jahren im Auslande lebte und Zürich Medizin studirte, waren ihr doch alle Formen gesellschaftlichen Lebens fremd geblieben.

Sie war arm und lebte von einem Privatstipendium, sie dadurch erworben, daß sie auf dem Mädchenasium in Kiew immer die Erste gewesen war.

Für ihre geringen Bedürfnisse, sie nährte sich nur von Brod, Milch und Eiern, wären ihre Bezüge mehr als reichend gewesen, aber seelengut, zählte sie noch zu den, die überall helfen wollte. Was ihr gehörte — theilte sie ihren Freunden und sie gab, so lange sie konnte.

Für ihre bekannte Hilfsbereitschaft, die sich noch allen Gelegenheiten hin manifestirte, hatte man ihr im Kreise der Studenten zahlreiche Spitznamen beigelegt.

Sie hieß „der Nothhelfer“, „der Laufbursche“, „der Helfer“, lauter männliche Bezeichnungen, wie denn gerade sie als zum schwachen Geschlechte gehörig